

Schulte, Dieter

Article — Digitized Version

Eine Green Card für EDV-Spezialisten? - Die Green Card löst nicht alle Probleme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schulte, Dieter (2000) : Eine Green Card für EDV-Spezialisten? - Die Green Card löst nicht alle Probleme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 4, pp. 204-205

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40575>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

der reservierten Haltung der zuständigen Ministerien sowie der Sozialverbände gescheitert. Keiner darf sich deshalb wundern, wenn die betroffenen Pflegeunternehmen bald auch die Zuwanderung ausländischer Mitarbeiter verlan-

gen – wie die Unternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe bereits heute.

Fazit: Die sogenannte „Green-Card-Lösung“ wird kurzfristig den IT-Unternehmen helfen, wenn sie

unbürokratisch, flexibel und wirtschaftsnah gehandhabt wird. Wichtig ist aber auch, dass sie die Debatte um die mittelfristige Ausrichtung der Bildungspolitik einerseits und der Einwanderungspolitik andererseits vorantreiben wird.

Dieter Schulte

Die Green Card löst nicht alle Probleme

Zur Deckung des akuten Bedarfs an IT-Experten will die Bundesregierung die gezielte Anwerbung von Fachleuten aus Nicht-EU-Ländern erleichtern, da sonst nicht nur das Wachstum dieses Schlüsselbereichs, sondern auch das aller übrigen Branchen behindert werden könnte.

In der Debatte um die geplante Maßnahme wird versucht, die Gewerkschaften in eine Bremserrolle zu rücken. Dies Urteil ist jedoch nicht haltbar. Langjährige Erfahrungen mit Ausbildungsplatzmangel, Lohndumping und dem Herausdrängen älterer Arbeitnehmer aus den Betrieben sensibilisieren uns für die sozialen Auswirkungen arbeitsmarktrelevanter Maßnahmen. Darum fragen wir nach den strukturellen Ursachen von Wachstumshemmnissen und sehen unsere Aufgabe darin, vor Scheinlösungen zu warnen.

In der „Green Card-Debatte“ geht es um die Auswirkungen teilweise unvorhersehbarer Dynamiken wirtschaftlicher Entwicklung, aber auch um die Folgen einer kurzfristigen Personalpolitik der Unternehmen und Versäumnisse in Bildung und Ausbildung.

Die Ausgangslage

In der Tat bildet die Informations- und Kommunikationstech-

nologie -Industrie den am schnellsten wachsenden Wirtschaftsbereich in den Ländern der OECD. Hier ist auch das größte Arbeitsplatzwachstum zu verzeichnen. Die Segmente Software und Dienstleistungen sind die wesentlichen Wachstumsmotoren im Bereich der Informationstechnik.

Während die USA und Schweden mit 8 bis 9% führen, befindet sich Deutschland mit knapp 6% Anteil des iuK-Bereichs am BIP im unteren Drittel der Mitgliedstaaten.

Die Entwicklung hierzulande ist jedoch positiv: Bei Dienstleistungen und Software liegen die durchschnittlichen Wachstumsraten oberhalb von 10%, im Bereich der Hardware sind es 6 bis 8%. Als Folge dieser Entwicklung häufen sich die Klagen über einen Mangel an IT-Fachleuten. Alle Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass ein kurzfristig nur schwer zu deckender Bedarf vorhanden ist. Auch der europäische Binnenmarkt ist leergefegt. Die Länder der EU konkurrieren weltweit und insbesondere mit den USA.

Weil Wohlstand und Entwicklungschancen eines Landes aber in wachsendem Maße von der Durchdringung der Wirtschaft mit IT und deren effektiver Nutzung durch hochqualifizierte Menschen

abhängen, ist in diesem Expertenmangel eine Gefahr für wirtschaftliches Wachstum und die Entstehung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze angelegt. Längerfristig kann er den Verzicht auf unternehmerische Aktivitäten oder die Suche nach Alternativen, wie die Verlagerung von Entwicklungszentren in andere Länder zur Folge haben.

Besonders bei den neu gegründeten Unternehmen wirkt sich ein Fachkräftemangel oftmals durchaus existenzbedrohend – also folgenreicher aus als bei etablierten Branchenriesen. Letztere haben mehr Möglichkeiten, zu rekrutieren und ihre Interessen durchzusetzen.

Präzise Bedarfszahlen können kaum ermittelt werden, weil es sich hierbei um einen äußerst schwer abgrenzbaren Teilarbeitsmarkt handelt. Softwareentwickler werden nicht nur im Herstellerbereich, sondern auf Dauer noch stärker bei den Anwendern in Dienstleistung und Industrie benötigt. Da die zahlreichen kleineren Unternehmen meist auch über schlechtere Artikulationsmöglichkeiten verfügen und zunächst weniger in Verbandsaktivitäten involviert sind, könnte es sein, dass das wahre Ausmaß des Fachkräftemangels in der Öffentlichkeit eher unter- als überschätzt wird.

Wie hilfreich ist die Green Card?

Ist die Green Card geeignet, den Mangel an Know How im Bereich IT-Techniken/EDV-Entwicklung zu decken? Der wesentliche und zugleich besonders schwierig aufzufüllende Teil der Fachkräfte-Lücke findet sich im sogenannten „Knowledge Gap“ zwischen System- und Anwendungswissen. Diese Lücke ist kurzfristig weder durch Umschulung noch durch den Import von Softwareentwicklern zu schließen. Vielmehr ist es erforderlich, langfristig gewachsenes Erfahrungswissen in speziellen Anwendungsfeldern mit IT-Systemwissen zu verbinden.

Dieses Expertenwissen muss vorwiegend in den unterschiedlichsten Formen von komplexer interner und externer Beratungstätigkeit angewendet werden. Diese bedeutsame „Wissenslücke“ lässt sich in der Regel auch nur mit Personen aus dem jeweiligen Kulturkreis schließen, da hier in hohem Maße Einfühlungsvermögen in die Denkweise, Methoden und Sprache des jeweiligen Anwendungsgebiets erforderlich ist. Die direkte Arbeit mit dem Kunden setzt Branchen- und Sprachkenntnisse voraus. Reine Softwareentwicklung kann im Vergleich dazu relativ leicht verlagert werden.

Die große Bedeutung dieses Erfahrungswissens zeigt sich auch daran, dass gerade junge Internet- und Multimedia-Unternehmen, die oft erheblich mit den Folgen ihres rasanten Wachstums zu kämpfen haben, seit geraumer Zeit bevorzugt sogenannte VEPs (very experienced persons) suchen. Sie benötigen Unterstützung im Management von Unternehmensprozessen, insbesondere fehlen die „soft skills“ wie Kommunikations- und andere Sozialkompetenzen, verbunden mit soliden Kenntnissen der Informationstechnik und ihren Anwendungen.

Fazit

Das nötige Expertenwissen ist nicht nur weltweit knapp, es kann auch aus fachlichen Gründen nicht kurzfristig einfach zugekauft werden. Allein schon deshalb muss die gezielte Anwerbung von IT-Experten aus Nicht-EU-Ländern eine Überbrückungshilfe bleiben. Im Zuge der Globalisierung werden jedoch Belegschaften selbstverständlich internationaler werden und zunehmend vielfältige, multikulturelle Teams entstehen, die die wachsende Internationalisierung und Verflechtung von Märkten und Unternehmen widerspiegeln. Der Austausch und Erwerb von Wissen über Grenzen hinweg ist notwendig und wird wachsen. Hierfür sind unbürokratische Verfahren zu entwickeln.

Mittel- und langfristiger Handlungsbedarf

Da wirtschaftliches Wachstum bereits heute in erster Linie vom Produktionsfaktor „Wissen“ angetrieben wird, muss die „Green Card-Debatte“ den Auftakt für eine umfassende Mobilisierung der sogenannten Humanressourcen bilden. Um dauerhaft das erforderliche Experten- und Erfahrungswissen heranzubilden, muss IT-Kompetenz auf allen Ebenen des Bildungs- und Ausbildungssystems vermittelt werden.

Wie wir bereits festgestellt haben, liegen die Ursachen der Misere nur zum Teil in der nicht vorhersehbaren Dynamik der Entwicklung: Es sind auch langjährige Versäumnisse von Politik und Wirtschaft zu nennen.

Für die Vernachlässigung unseres Bildungssystems zahlen wir heute einen hohen Preis. Nach wie vor fällt Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern aus. Es fehlen Lehrer mit IT-Kompetenz und technische Ausrüstungen – auch

in den Berufsschulen! Dieser Mangel ist mit „Schulen ans Netz“ nicht zu beheben, hier bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern und eines verstärkten Engagements der Wirtschaft. Der Ausfall von Vorlesungen, überfüllte Hörsäle und die mangelhafte Ausstattung in Bibliotheken und Labors lassen das von Ministerin Bulmahn zu Recht erstrebte Markenzeichen „Qualified in Germany“ in fast allen Studiengängen noch immer außer Reichweite bleiben.

Was muss sich ändern?

Unter anderem muss die Vermittlung von Medienkompetenz und englischen Sprachkenntnissen auf allen Ebenen des Bildungssystems selbstverständlich werden. Die Reform der Studiengänge, darunter Informatik und Mathematik, muss beschleunigt in Angriff genommen werden. Die Kapazitäten der Hochschulen sind so auszubauen, dass kein Numerus Clausus neu eingeführt werden muss. An einer Bildungsoffensive führt jedenfalls kein Weg vorbei!

Nicht verkannt werden darf, dass die Wirtschaft den aktuellen Fachkräftemangel mitverschuldet hat. Als zu Beginn der 90er Jahre die Computerbranche nur langsam wuchs und wenige Arbeitsplätze anbot, halbierte sich die Zahl der Informatikstudenten. In den Unternehmen unterschätzte man die Dynamik des Arbeitsmarkts und sandte die falschen Signale. Statt Wissen vorzuhalten, wurden Arbeitsplätze abgebaut.

Auch die betriebliche Ausbildung wurde vernachlässigt. Sie wird vielfach nicht als Investition, sondern in erster Linie als Kostenfaktor betrachtet. Nach Jahren fehlender Lehrstellen scheint eine Ausweitung des Facharbeitermangels programmiert. Dies zeigt sich deutlich an den Bedarfsmeldun-

gen aus solchen Branchen, die keine gleichermaßen dynamische Entwicklung durchlaufen haben, wie der IT-Bereich. Notwendig ist eine politische Rahmensetzung, die solche Verwerfungen des Ausbildungsmarkts künftig verhindert.

Es kann gegengesteuert werden!

Mit der Entwicklung der neuen IT- und Medienberufe haben die Sozialpartner gezeigt, dass sie in der Lage sind, in kurzer Zeit akzeptierte und zukunftsfähige Ausbildungsordnungen zu schaffen. Bis Jahresende soll ein IT-spezifisches Weiterbildungssystem vorhanden sein, das Maßstäbe für die Gestaltung dieses wichtigen Bereichs beruflicher Qualifizierung setzen dürfte. Es bietet auch Orientierungspunkte für Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Qualifizierung der arbeitslosen EDV-Fachkräfte. Auch aus diesem Grund müssen ihre Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau erhalten werden.

Die Zielvorgaben der Qualifizierungsoffensive, die im Bündnis für Arbeit vereinbart wurden, müssen weiter gesteigert werden.

Zur aktiven Förderung der IT-Qualifikationen ihrer Beschäftigten können die Unternehmen noch mehr tun, wie einige von ihnen beweisen, die z.B. ihren Mitarbeitern Internet und PCs überlassen. Ausgaben für Beschäftigte und ihre Ausbildung sind Investitionen in die Zukunft! Ihre Kreativität, Problemlösungskompetenz und Selbständigkeit müssen sich entfalten können und dürfen nicht durch hierarchische Reglementierung behindert werden.

Zu den Grundlagen einer wissenschaftlichen Ökonomie gehören daher moderne Unternehmensstrukturen, innovative Formen der Arbeitsorganisation und eine neue Unternehmenskultur. Trotz der Veränderungen in vielen Unternehmen ist die Überwindung traditioneller Formen der Arbeits- teilung in Deutschland noch nicht

weit genug vorangekommen. Der DGB hat daher ein Aktions- und Innovationsprogramm der Bundesregierung „Zukunft der Arbeit – Unternehmen der Zukunft“ vorgeschlagen.

Im Zentrum aller Aktivitäten hat die Verhinderung einer Zweiklassen-Gesellschaft zu stehen. Der „digital divide“, die Spaltung der Bevölkerung in solche, die wegen ihrer Ausbildung die Zukunftsmedien nutzen können und in solche, die weder Zugang dazu haben, noch entsprechend ausgebildet sind, ein Hauptproblem der USA, muss durch koordinierte Aktivitäten aller gesellschaftlichen Gruppen verhindert werden. Der Politik kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.

In dem Maße, wie die Menschen ihre Chancen in der Informationsgesellschaft erkennen und nutzen können, wächst auch ihre Akzeptanz für die Veränderungen infolge des Strukturwandels und der Globalisierung.

Klaus F. Zimmermann

Von der Green Card zum Einwanderungsgesetz

Deutschland – ein Einwanderungsland mit entsprechendem Regelungsbedarf? Was noch vor kurzer Zeit seitens der Politik ungeachtet manch anderslautender Stimme mehrheitlich verneint worden ist, scheint sich im Jahr 2000 anzuschicken, allgemeine Erkenntnis zu werden. Endlich, möchte man aus Sicht der Wissenschaft hinzufügen. Endlich werden Scheuklappen auch dort gelockert, wo sie bislang einer sachlichen Diskussion um Zuwanderungsbedarf und Zuwande-

rungsgesetzgebung im Weg standen.

Zu danken ist diese veränderte Ausgangslage der sogenannten „Green-Card“-Initiative des Bundeskanzlers. Gewiß, sie selbst ist kaum dazu geeignet, wie ein Befreiungsschlag den gordischen Knoten zu zerschlagen, der sich in Deutschland würgend um das Thema Immigration gelegt hat, trägt sie doch in Form mancher Restriktion den Einwänden der Bedenkenträger Rechnung. In Wahrheit ist sie nicht mit der gleich-

namigen Karte amerikanischen Ursprungs, die einen dauerhaften Aufenthalt sichert, zu vergleichen. Dennoch ist sie ein richtungweisender Schritt, der bislang nahezu undenkbar schien, nun aber den Startschuß für eine hoffentlich unaufgeregte Debatte um das Für und Wider zuwanderungsgesetzlicher Regelungen gegeben hat.

Zentrum der Wanderungsbewegung

Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Deutschland hat